

SHORT NEWS

Meisch weiterhin unter Beschuss

(tj) - SEW-OGBL kritisieren weiterhin die geplanten Maßnahmen zur Rekrutierung von Lehrkräften (woxx1462). Zurzeit liegt ein Gesetzesentwurf vor, der noch in diesem Frühjahr gestimmt werden und im kommenden Herbst in Kraft treten soll. Der Text sieht unter anderem vor, den Lehrer*innenberuf künftig auch für Absolvent*innen anderer Bachelorstudiengänge als denen der Erziehungswissenschaften zu öffnen. Zudem wird es möglich sein, eine Verkürzung des dreijährigen Referendariats um ein Jahr zu beantragen, wenn Praxiserfahrung während des Studiums nachgewiesen werden kann. Zwar ist der SEW damit einverstanden, dass es dringend an Notlösungen bedarf, kritisiert wird allerdings das Fehlen einer zeitlichen Begrenzung für manche der vorgesehenen Regelungen. Es müsse zum Beispiel „verhindert werden, dass Inhaber aller möglichen Bachelorabschlüsse bis in alle Ewigkeit Lehrer werden können“, so Präsident Patrick Adam. Befürchtet wird die Abwertung des Lehrer*innenberufs. An Attraktivität könne dieser in den Augen des SEW durch eine Überarbeitung des Referendariats gewinnen. Referendar*innen sollten begleitet und beraten statt bewertet werden. Immerhin hätten sie bereits durch Studium und Concours bewiesen, dass sie in der Lage seien, zu unterrichten. Um sich zusätzliches Gehör zu verschaffen, plant der SEW ab kommender Woche eine Sensibilisierungskampagne.

EuGH lässt Überprüfung von GMO-Soja zu

(ja) - Im April 2015 erteilte die Europäische Kommission Zulassungen für zwei Sorten von genetisch modifiziertem Soja. Die Nichtregierungsorganisation Testbiotech forderte daraufhin eine nochmalige Prüfung der Zulassung, da die Effekte der modifizierten Sojasorten auf die menschliche und tierische Gesundheit nicht ausreichend geprüft worden seien. NGOs haben laut der Aarhus-Konvention das Recht, eine solche Prüfung zu beantragen. Die Konvention regelt unter anderem die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren in Umweltfragen. Die Kommission argumentierte, dass Gesundheitsbedenken sich nicht auf Umwelt Risiken bezögen und verwarf den Antrag von Testbiotech. Die NGO zog daraufhin vor den Europäischen Gerichtshof, um die Entscheidung der Kommission anzufechten. Dort bekam sie am 14. März Recht. Das Gericht argumentierte, dass genetisch modifizierte Organismen (GMOs) Teil der Umwelt seien. Damit gelten sämtliche Zulassungen für GMOs als Umweltrecht und fallen somit unter die Bestimmungen der Aarhus-Konvention. Die Kommission muss nun also der Forderung von Testbiotech nachkommen und die beiden Soja-Sorten von Monsanto und Pioneer nochmals prüfen.

Industriedenkmäler: let's make destruction happen!

(rg) - „Eigentlich sollte man erwarten, dass eine Denkmalschutzbehörde sich den Schutz der Denkmäler vor dem Abrisswahn von Kommunen und Privatpromotoren auf die Fahnen schreibt. In Luxemburg ist dies eher das Gegenteil: Wenn ein Gebäude an die nostalgische Zeit des Agrarlandes erinnert oder die Glorie von Villen der Hüttenbarone ausstrahlt, hat es eine gewisse Chance, in die Liste der schützenswerten oder gar geschützten Denkmäler aufgenommen zu werden. Erinnert eine Halle aus Eisen, Stahl und Glas mehr an Schweiß, Tränen und Staub der Arbeiter, ist ihr Schicksal schon fast besiegelt“. Diese geharnischte Kritik muss der dem Kulturministerium unterstellte „Service des sites et monuments nationaux“ (SSMN) von Seiten der Sektion der Grünen aus Dudelange einstecken. Das Fass zum Überlaufen brachte für sie die Vorstellung des Projekts „Neischmelz“ im Düdelinger Gemeinderat, bei der sich herausstellte, dass nicht nur die von Künstler*innen und Bürger*innen genutzte Halle Fondoucq auf der Abrissliste der privaten und öffentlichen Promotoren steht, sondern dass auch die Stahlwerkhalle aus den 3D-Bildern des Dossiers getilgt worden ist. Dies alles mit dem Segen des SSMN, der bereits „die Genehmigung für den Abriss einer attraktiven Halle auf dem Paul Wurth Areal in Hollerich, das passive Zuschauen bei größeren Abrissaktionen in Esch, Differdingen oder Luxemburg und nicht zuletzt die Hetzjagd auf das herausragende Emblem hiesiger Industriekultur, die Gebläsehalle in Belval“ zu verantworten hatte, wie die grünen Lokalpolitiker*innen unterstreichen.

AKTUELL

MOBILITÄT

Busverkehr live und in Farbe

Joël Adami

Die neue Leitstelle des Verkeiersverbonds soll den Busverkehr vernetzen und für die Fahrgäste komfortabler machen.

„Hinter der Anzeige an der Bushaltestelle versteckt sich viel mehr, als man auf den ersten Blick denkt“, erklärte Nachhaltigkeitsminister François Bausch bei der Vorstellung der neuen Leitstelle des Verkeiersverbonds in Luxemburg-Kirchberg am vergangenen Mittwoch, dem 14. März. In dem unscheinbaren Gebäude mitten im Bankenviertel laufen künftig alle Informationen zusammen, die das RGTR-Busnetz betreffen. Während die Busnetze der Stadt Luxemburg (AVL) und des Kantons Eschs (Tice) schon eigene Leitstellen haben, fehlte bisher eine solche für das landesweite Busnetz.

FOTO: WOXX/IA



Die Leitstelle des Verkeiersverbonds soll den Überblick über sämtliche RGTR-Busse des Landes behalten.

Lange Zeit war Luxemburg bei den sogenannten „Fahrgastinformationen“ rückständig: Elektronische Anzeigetafeln suchte man vergebens, und wer nicht wusste, wie die Umgebung der Haltestelle aussieht, an der er aussteigen wollte, lief Gefahr, sie mangels Ansage zu verpassen. Seit 2014 läuft beim Verkeiersverbond das Projekt „Mlive“. Ziel ist es, Echtzeitinformationen über sämtliche öffentliche Transportmittel im Überlandverkehr bereitzustellen.

Bordcomputer und Leitstelle

Die 1.600 Busse des privat betriebenen RGTR-Netzes wurden mit Bordcomputern ausgestattet, die als Kommunikationszentrale fungieren: der Standort des Busses, Anzeigen und Durchsagen für Reisende, Ticketverkauf, Notrufe und Kommunikation mit der Leitstelle – sämtliche Teilfunk-

tionen des „mobility as a service“-Systems können nun realisiert werden. Zusätzlich wurden in 130 Bussen automatische Zähler eingebaut, die das Fahrgastaufkommen messen – in Zukunft sollen alle Busse mit ihnen ausgestattet sein.

In der Leitstelle arbeiten momentan acht Personen, gemäß der Planung werden es bis Ende des Jahres 18 sein. Sie überwachen von halb vier Uhr morgens bis halb zwei in der Nacht den Busverkehr und sorgen für einen möglichst reibungslosen Ablauf. Bei Problemen können die Busfahrer*innen mit den Mitarbeiter*innen der Leitstelle kommunizieren, die dann eine Lösung suchen. Ein defekter Bus wird zum Beispiel an eine Haltestelle gelotst, wo Ersatz bereitsteht – gleichzeitig sollen die Kund*innen per App, Anzeige und Durchsagen über den Austausch informiert werden.

22 Millionen für Echtzeitinformationen

Ab 2019 soll den Kunden bei der Planung ihrer Fahrt mit der „Mobilité.lu“-App oder der entsprechenden Webseite die gesamte Mobilitätskette zur Verfügung stehen, sodass jeweils das günstigste Transportmittel gewählt werden kann. Da die App dann auch, mittels Echtzeitrouting, Verspätungen berücksichtigt, können die Kund*innen zum Beispiel eine Ausweichroute wählen. Die Leitstelle soll dafür sorgen, dass Anschlüsse zuverlässig erreicht werden. Sie kann deshalb zum Beispiel Busfahrer*innen anweisen, auf Umsteiger*innen zu warten.

Insgesamt stellte die Regierung 22 Millionen Euro für die Entwicklung des Echtzeit-Telematiksystems zur Verfügung – diese sind aber, wie Gilles Dostert, der Generalsekretär des Verkeiersverbonds erläuterte, noch nicht vollständig ausgegeben worden. Bis 2019 soll zusätzlich das gesamte RGTR-Netz reformiert werden, um es besser an die aktuellen Begebenheiten anzupassen. Wann all diese Neuerungen für die Nutzer*innen des öffentlichen Verkehrs spürbar sein werden, ist allerdings noch nicht gewusst. Ob es mit „Mlive“ gelingen wird, die zahlreichen Autofahrer*innen von den Vorzügen des öffentlichen Transports zu überzeugen, ebenso.